

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 RM;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Politisch-Neutral)
Berlin N.O. 53, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 54.

Berlin, Mittwoch, 10. Juli 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Wahlrechtsreformen. — Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der königlichen Porzellanmanufaktur. — Die Bedeutung? — Allgemeine Rundschau. — Gewerkschaften. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Wahlrechtsreformen.

Gegenwärtig nimmt es in den Lagezettungen aller politischen Parteien von Notigen, die sich mit Wahlrechtsreformen in einzelnen Bundesstaaten beschäftigen. Sachsen und Preußen sollen neue Wahlgeseze erhalten, wenn man jenen Mitteilungen Glauben schenken darf. Für Sachsen besteht sogar ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit, daß eine Wahlrechtsreform vorgenommen werden soll, wenn der Minister des Innern selbst, Graf Hohenthal, hat dieselbe auf dem Gemeindefest in Dresden angekündigt. Nach seinen Erklärungen beabsichtigt die sächsische Regierung das allgemeine, geheime und direkte Stimmrecht einzuführen, nicht aber das gleiche. Es sollen vielmehr diejenigen Wähler, die entweder bei der staatlichen Einkommensteuer ein Einkommen von mehr als 1000 RM. versteuern, oder bei der Wahl zum Landesparlament wahlberechtigt sind, oder ihre Berechtigung zum einjährig-französischen Militärdienst nachweisen können, zwei Stimmen erhalten. Mehr als zwei Stimmen sollen keinem Wähler zustehen. Sollte eine solche Bestimmung Gesetzeskraft erhalten, so würden die wohlhabenden und einflußreichen Klassen den Arbeitern gegenüber ganz wesentlich bevorzugt werden.

Eine weitere Änderung soll darin bestehen, daß das neue Wahlgesez auf dem Gedanken der Verhältniswahl aufgebaut werden soll. Eine ganz wesentliche Beeinträchtigung der Rechte des Volkes würde es aber bedeuten, wenn die Regierung ihre Absicht durchführt, von den 82 Abgeordneten der 2. Kammer nur 42 Abgeordnete aus diesen Wählern hervorzugehen zu lassen, während die anderen 40 Abgeordneten von den Kommunalverbänden gewählt werden sollen. Mit einem solchen Wahlgesez wird sich die Mehrheit des sächsischen Volkes nun und nimmer zufrieden geben können. Die Arbeiterschaft wird darin keinen nennenswerten Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande erblicken können.

Während hier schon gewisse Grundlagen für das in Aussicht gestellte Gesez gegeben sind, bieten die Gerüchte, die bezüglich der preussischen Wahlrechtsreform in der Luft herumzuwehen, keinen Anhalt dafür, wie diese Reform wohl aussehen wird. Als vor einiger Zeit zuerst die Nachricht in der Presse auftauchte, daß die preussische Regierung beabsichtige, dem Landtag einen Entwurf über Änderung des Wahlrechts in Preußen vorzulegen, der eventuell bei den nächsten Neuwahlen im Herbst 1908 schon in Kraft treten soll, konnte die „Deutsche Zeitung“ aus besserer Quelle erklären, daß die Nachricht unbegründet sei und man in absehbarer Zeit gar nicht daran denke, das Wahlrecht zu ändern. Nur wenige Wochen vergangen, da teilte die „Börsen-Zeitung“ wiederum aus sicherer Quelle mit, daß die Vorarbeiten für ein neues preussisches Landtagswahlrecht im Gange seien. Die Regierung sei zu der vernünftigen Einsicht gekommen, daß das bestehende Wahlrecht zu schweren Mängeln geführt habe und so große Ungerechtigkeiten enthalte, daß sich eine durchgreifende Änderung nicht länger vermeiden lasse.

Diese Mitteilung hat bis jetzt eine bestimmte Widerlegung nicht erfahren. Trotz alledem möchten

wir einstweilen noch bezweifeln, daß etwa die nächste preussische Landtagswahl schon unter einem neuen Wahlgesez stattfinden wird. Nachdem erst vor etwa 1 1/2 Jahren eine sogenannte Reform den preussischen Landtag passiert hat, ist nicht anzunehmen, daß man jetzt schon wieder sich zu einer wesentlichen Änderung des Wahlrechts entschließen wird. Somit nicht etwa gesagt sein soll, daß es sich bei jener sogenannten Reform um eine „wesentliche“ gehandelt hat. Wenn aber wirklich die preussische Regierung den Willen hätte, das elendeste aller Wahlsysteme zu beseitigen, so fehlt ihr sicherlich jetzt die Macht dazu. Denn das preussische Junkertum, das im Abgeordnetenhaus durch seine Zahl und seinen Einfluß den Ausschlag gibt, wird kaum die Hand dazu bieten, ein Wahlrecht zu schaffen, durch das der Akt, auf dem es selbst ruht, abgelehnt wird. Auch die konservativ-liberale Paarung wird daran nichts ändern können. Es ist daher nicht anzunehmen, daß selbst bei gutem Willen der Regierung viel herauskommt, was man als eine Ueberleitung zum allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht annehmen könnte.

Das darf natürlich die leider in der Minderheit befindlichen, die Interessen des Volkes vertretenden Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus nicht abhalten, mit aller Entschiedenheit darauf zu bestehen, daß ein Wahlrecht geschaffen wird, welches modernen Anschauungen und den Wünschen der breiten Masse des Volkes entspricht. Der pluralistische Charakter, der unserem preussischen Wahlrecht anhaftet, und die Unvollständigkeit der Wahlen müssen unbedingt beseitigt werden. Die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Bundesstaaten muß das Ziel sein, von dem sich wahre Volkstretter durch kein Hindernis abbringen lassen werden. Mögen auch die Ausschüßten, dieses Ziel zu erreichen, gegenwärtig noch gering sein, so muß vom Liberalismus entschieden verlangt werden, daß er auf diesen Forderungen beharrt. Er muß sich auf den Boden des Antrages der freisinnigen Parteien stellen, der das Reichstagswahlrecht für Preußen verlangt. Weicht er mit Rücksicht auf die Stärke der Reaktion von dieser Forderung zurück, so könnte leicht der Glaube entstehen, daß es ihm nicht ernst damit ist. Schon um diesen Ansehen zu vermerken, darf er den reaktionären Bestrebungen gegenüber kein Entgegenkommen zeigen.

L. L.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der königlichen Porzellanmanufaktur.

In unserer Nr. 48 vom 10. Juni veröffentlichten wir unter „Gewerkschaften“ eine Zuschrift der Direktion der Kgl. Porzellanmanufaktur, die eine Richtigstellung der durch die Tagespresse gegebenen Angaben über die hiesig herrschenden Arbeits- und Lohnverhältnisse enthalten sollte. Daraufhin ist uns aus den Kreisen der Arbeiter jetzt eine Erwiderung zugegangen, die wir in folgendem zum Abdruck bringen:

Zunächst sei hervorgehoben, daß der Arbeiterausfluß über die Lohnangaben sowie Urlaubsverhältnisse, wie sie in der sogenannten Richtigstellung angegeben sind, nicht zur Begünstigung herangezogen wurde, da er unmöglich seine Zustimmung zu einer derartigen Berichtigung gegeben haben würde. Bei den Kundenerarbeitern heißt es, daß sie für die wöchentlichen Ueberstundenarbeiten eine reichliche Sonderentschädigung erhalten, daß sie damit auch zufrieden wären. Daß man von einer reichlichen Bezahlung sprechen kann, wenn diese Arbeiter für schwere Arbeit,

die sie bei 90 Grad Hitze verrichten, mit einem Stundenlohn, 26 Tag oder Nacht, von 50 Pfg. abgelöst werden, wird doch niemand behaupten wollen, zumal man in Betracht ziehen muß, daß diese Arbeiter, wie statistisch festgestellt ist, in kaum 15 Jahren verbraucht sind.

In der Richtigstellung sind dann die Löhne vom vollendeten 28. Lebensjahre auf 96—115 RM. und vom vollendeten 33. Lebensjahre auf 117—145 RM. angegeben. Das ist gänzlich unzutreffend. Die Löhne sind und bleiben — da hilft keine Verschönerung — folgende: Arbeiter, die das 28. Lebensjahr erreicht haben, bekommen 95 RM., die 33 Jahre alt sind beginnen mit 105 RM. monatlich. Hierzu tritt eine Funktionszulage von 6, 9 bis 12 RM. und die Ueberstunden, so daß der höchste Lohnsatz 131 RM. ausmacht. Diesen Lohn erhalten aber nur vier Arbeiter, da die Funktionszulage von 12 RM. nur sehr wenigen zustatten kommt, während die anderen mit 125—128 RM. im Lohn stehen. Außerst charakteristisch ist es, daß die Direktion einen Lohnsatz von 145 RM. angibt. Er ist einmal an einen Brenner, der 31 Stunden hintereinander gebrannt hat, gezahlt worden. Sonst aber existiert dieser Lohn nicht.

Unzutreffend sind ferner die Angaben über die allgemeinen Lohnsätze bei ungleichen Arbeitern, deren Lohn mit 70—132 RM. vermerkt ist. Hier ist ein Anfangslohn von 85 RM. festgesetzt, der bei guter Führung in drei Monaten auf 90 RM. steigen kann; auch können die 5 RM. nachgezahlt werden. Nichts als verlausulerte Begriffe! Auch ist es ganz ungenügend, wie man behaupten kann, der Lohn steige auf 132 RM. Dieser Lohn, selbst mit einigen Ueberstunden, die mit ganzen 40 Pfg. bezahlt werden, erreicht bei weitem nicht die angegebene Höhe, sondern wir erklären ausdrücklich und stellen hiermit fest, daß der Lohn über 33 Jahre 105 RM. den Monat beträgt. Sagte doch erst vor ganz kurzer Zeit ein Brennmeister, daß man mit einem Lohn von 105 RM. wohl zufrieden sein könne, denn anderwärts hätten die Arbeiter den hohen Lohn nicht. Wir wollen dem bitteren Lohn nichts hinzufügen. Aber die Worte des Brennmeisters bekräftigen nicht nur, daß sich der Lohn in der von uns angegebenen Höhe bewegt, sie sind auch bezeichnend insofern, als es sich hier besonders um Arbeiter handelt, die früher am Brennofen gestanden, deren Arbeitskraft also frühzeitig verbraucht ist. Sagte man hier etwa die Hoffnung, daß in einem königlichen Betriebe Rücksicht gegen solche Arbeiter geübt werde, so ist man bitter enttäuscht, wenn man in Betracht zieht, daß der Betriebsvorsteher den Arbeitern unlängst anordnete, daß sie die Ueberstunden eigentlich ohne Entgelt zu machen hätten, d. h. sie sollen bei einem an sich schon geringen Lohn die Ueberstunden zur Zugabe machen.

Die Geizer und Brenner am Gasofen haben eine Arbeitszeit von 6—8 Uhr, außerdem müssen sie Sonntags arbeiten; in letzter Zeit hat man je einen freien Sonntag gewährt. Rechnet man die Arbeitszeit in ganzen zusammen, so beträgt dieselbe zwölf Stunden. Für die Ueberstunden bekommen die Geizer 18 RM., die Brenner 25 RM., macht im Monat für jede Ueberstunde — auch des Sonntags, wo der Arbeiter seine Freiheit opfert — 88 Pfg. Fürwahr eine reichliche Sonderentschädigung! Der Gesamtlohn dieser Arbeiterkategorie beträgt 123 bis 130 RM. monatlich.

Zur Sonntagsarbeit wollen wir noch erwähnen, daß die Arbeiter der Manufaktur im ganzen Jahre weder einen Sonntag noch Feiertag haben. Würde es da nicht dringend geboten erscheinen, Abhilfe zu schaffen? Ob es geschehen wird? Da fallen uns die Worte ein, die der Direktor einst in einer Ausschüßung über das Los der Arbeiter sagte: Morgens aufstehen zur Arbeit — abends nach Hause kommen und schlafen gehen — was will denn der Arbeiter sonst noch bei

ansprechen? Ein Kommentar hierzu erscheint uns überflüssig.

Bei Umgestaltung der Pensionskasse wurde von den Arbeitern die Neuregelung der Witwen- und Waisenversorgung anerkannt. Mit der Beseitigung dieser Klasse werden wir uns unter Berücksichtigung des neuen Statuts später beschäftigen. Hierzu hätten wir jedoch einige Fragen. Denjenigen Leuten, welche auf der Manufaktur lernen, werden nach beendeter Lehrzeit 10 pCt. von ihrem Verdienst abgezogen. Welcher Klasse das Geld zusteht, wissen sie nicht. Ferner müssen diese Arbeiter bis zum 21. Lebensjahre 4 pCt. vom Verdienst an die Pensionskasse zahlen, ohne vorher ein Anrecht an dieselbe zu haben. Sie zahlen also 3 Jahre umsonst.

Was den Erholungsurlaub betrifft, so sollen die Arbeiter vom 40. Lebensjahre ab in dreijährigem Wechsel regelmäßig 10-14 Tage bekommen. Auch das entspricht nicht den Tatsachen. Die Arbeiter haben bis jetzt, wo es Urlaub gab, nur 10 Tage erhalten. Den Meistern hingegen wird alle Jahre, den Aufsehern alle zwei Jahre 14 Tage Urlaub gewährt. Das dürfte auch notwendig erscheinen, da dieselben von ihrer Arbeit körperlich ganz bedeutend mitgenommen werden. Deshalb betrachten es aber die Arbeiter als eine ungerechte Härte, daß hier zu ihren Ungunsten Ausnahmen stattfinden. Allerdings soll zugegeben werden, daß durch die Einstellung der ungelerten Arbeiter in drei Abteilungen die Urlaubsfrage für diese sich um ein Kleines verbessert hat.

Die hier angeführten Mißstände ließen sich durch eine Verbesserung der Ökonomie der einzelnen Arbeiterkategorien sehr leicht beseitigen. Auch wird von den Arbeitern eine humanere Behandlung von Seiten der Aufseher sowie der Betriebsleitung dringend gewünscht. O. M.

Sieb oder Deckung?

Es gibt im Kampfe mit Gegnern aller Art zwei Methoden: den Angriff und die Deckung. Wer den Angriff liebt, beginnt das Gescheh. Er dringt auf den Gegner ein und zwingt diesen zum Kampf. Wer in der Verteidigung kämpft, sucht sich einen Platz aus, wo er sich hinsetzt und gemächlich wartet, bis der Gegner kommt, und wehrt dann seinen Angriff ab. Manchmal geht es nun freilich auch anders. Da wird man plötzlich angegriffen. Sich einen Verteidigungsplatz auszusuchen, ist seine Zeit mehr; man muß sich schlagen, wo man steht, einerlei ob im Walde, auf der Heide, auf dem Berge oder im Tal, am Tage oder in der Nacht.

Welches ist nun die beste Kampfsmethode, der Sieb oder die Deckung? Untersuchen wir zuerst ihre Vor- und Schattenseiten. Wer sich für den Sieb entscheidet, gewinnt vor allem den Vorteil, daß er sich Zeit und Ort des Kampfes auswählen kann. Er wird nur dann angegriffen, wenn er sich seiner Verlegenheit bewußt ist, und er sucht sich dazu den geeigneten Ort aus, einen Engpaß oder sonstwo. Meist verliert er über mehr Mut und Durchschlagskraft, denn wenn einmal seine Andern angepannt sind, steigt das Blut schneller. Dem steht als Nachteil gegenüber, daß der Angreifer eine größere Anstrengung darzubieten und daß er oft (nicht immer) schon milde ist, ehe der Kampf beginnt, weil er den Gegner sucht, der in Deckung noch seine vollen Kräfte hat. Das ist auch einer der Vorteile der Deckung, manchmal auch der einzige. Truppen, die lange in gedehnter Stellung liegen und den Feind verborgen erwarten, erschöpfen in ihrer Aufmerksamkeit. Nicht selten werden sie gezwungen, den Kampf aufzunehmen; wenn das Gefechtsfeld aber die Zeit höchst ungünstig für sie ist.

Wir sehen, im allgemeinen ist der Angreifer im Vorteil, schon weil er vorwärts geht, während der Verteidiger stehen bleibt oder gar zurückgeht. Wer aber vorwärts geht, hat Durchschlagskraft und ist somit stärker. Eine moderne Kanonenkugel braucht lange nicht so schwer und so teuer zu sein, wie eine Panzerplattenkugel, die die Kanonenkugel aushalten soll. Dem Angreifer, dem Sieb ist also im allgemeinen nicht immer und nicht unter allen Umständen — der Vortzug zu geben.

Diese Grundzüge aber gelten, auf das Organisationsleben übertragen, auch für die Gewerkschaften. Schließlich wird der Gewerkschaften vorwärts gehen, der dem durch Klugheit weise beschränkten Angriff blüht, nicht der andere, der, um mit Diktator zu reden, sich darauf beschränkt, die Steine im Garten aufzulegen, die von außen herein geworfen werden und den Schutz abzubürsten, der von außen anfließt. Freilich, einer Organisation, die lange der Verteidigungsmethode nachging und erst anfing sich im Angriff zu üben, werden manche Leute nützen, weil ihnen ab der neuen Kampfsmethode der Atem ausgeht. Aber das dauert nur so lange bis sie die Dingen genaugen ausgedehnt haben. Wir sollen in dem Kampf mit den Gegnern nicht warten, bis sie uns angreifen. Wir wollen selber angreifen, wenn wir alles genau geprüft, haben. Auch um die Besserung der Arbeitsverhältnisse dürfen wir nicht erst dann kämpfen, wenn wir von anderer Seite gezwungen

werden, sondern wir müssen nach Vorberatung mit den Generalräten selbständig vorgehen. Den Kampf mit der Judifizierung können wir siegreich nur dann beenden, wenn wir sie angreifen und nicht warten, bis die unorganisierten Arbeiter darum bitten, ausgenommen zu werden. So ist überall die Offensive, der Sieg, der Angriff notwendig, besonders in der Kattation. Er schafft Stärke, Ueberzeugungstreue und Opferwilligkeit. E.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 9. Juli 1907.

Einen Agitationsbesamen hat der Gewerkschaften der Deutschen Bauhandwerker am 1. Juli dieses Jahres angestellt. Die Wahl ist auf den Kollegen Ludwig Rüng in Labenburg gefallen, der in Süddeutschland bereits mit Erfolg für die Sache der Deutschen Gewerkschaften tätig gewesen ist. Wir wünschen, daß die Forderungen, die auf den neugewählten Kollegen gelegt werden, sich erfüllen und der Gewerkschaften der Deutschen Bauhandwerker recht bald eine stätliche Zunahme seiner Mitglieder verzeichnen kann. Schon in allernächster Zeit wird Kollege Rüng seine Tätigkeit mit einer größeren Agitationstour in Süddeutschland aufnehmen, und es darf wohl mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß er dabei die tatkräftigste Unterstützung aller Verbandskollegen findet und die Vorbereitungen zu den Versammlungen mit der nötigen Grundsätzlichkeit getroffen werden.

Was lange währt, wird nicht immer gut. In seiner letzten Nummer vom 6. Juli 1907 beschäftigt sich das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ schon mit unserem letzten Verbandstage. Es gibt einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen, der in einigen Punkten zum Widerspruch herausfordert. Das Blatt kann es sich nicht verkneifen, die beiden Vertreter des schwedischen Arbeiterbundes, die an dem Verbandstage teilgenommen haben, auch weiterhin als Vertreter einer „gelben“ Gewerkschaft hinzustellen. Die auf dem Verbandstage abgegebene und durch schlagende Beweise unterstützte Erklärung, daß dies eine Verleumdung sei, hindert das „Korrespondenzblatt“ nicht, die Behauptung nochmals zu wiederholen. Gütlichweise wird eine unwahre Behauptung nicht dadurch wahr, daß man sie immer und immer wieder aufstellt. Indessen diese Kampfmethode ist den Herren auf jener Seite so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie davon nicht mehr lassen können.

Natürlich wird auch die Tatsache, daß die Zahl unserer Ortsvereine im Jahre 1906 von 2158 auf 2146 zurückgegangen ist, zu einem Ziel gegen uns benutzt. Wenn man in der Generalkommission über die eigene Nase hinausschauen könnte, wüßte man, daß in zahlreichen Orten, wo mehrere Ortsvereine desselben Berufes vorhanden waren, eine Zentralisation in dem Sinne stattgefunden hat, daß diese Ortsvereine sich zu einem zusammenfanden, dafür innerhalb derselben aber Branchenabteilungen geschaffen haben, um die engeren Berufsinteressen wirksamer vertreten zu können. Dadurch ist natürlich die Zahl der Ortsvereine kleiner geworden, trotzdem aber bedeutet dies keine Schwächung unserer Organisation. Die diesbezügliche Bemerkung des „Korrespondenzblattes“ also ist ein Schlag ins Wasser!

Zum Schluß kommt dann der eigentliche Knackpunkt. Mit der Wahl des Kollegen Erxleben habe der Verbandstag dem bekannten Scheinjuristen denselben die volle, wenn auch nicht offizielle Zustimmung erteilt. Weit gefehlt! Weder die „volle“, noch die „offizielle“ Zustimmung des Verbandstages hat jenes Jurist, dessen Taktik übrigens gerade von den der Generalkommission angehängenen Verbänden von jeher befolgt worden ist, gefunden. Die Verbandsleitung lehnt nach wie vor jede Verantwortung für jenes Jurist, das Erxleben als Privatperson vor einem Jahre veröffentlicht hat, entschieden ab und wird sich die darin empfohlene Taktik niemals zu eigen machen. Das überläßt sie noch wie vor den „freien“ Gewerkschaften.

Wäre es danach nicht klüger gewesen, wenn das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“, nachdem es so lange mit der Verdächtigung jenes Berichtes gegögert hatte, überhaupt geschwiegen hätte? Vorbeeren hat es dabei nicht ernten können, denn der Versuch, Uneinigkeit in die Verbandsleitung hineinzutragen, ist — die Versicherung können wir schon heute geben — kläglich gescheitert.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Der Arbeiter Sch. aus B. hatte einen Unfall erlitten. Ihm ist eine Bohle auf den rechten Fuß gefallen, wodurch die dritte, vierte und fünfte Zehe etwas heiß geworden sind und in Hammerstellung stehen. Die Berufsgenossenschaft lehnte es ab, dem Manne eine Rente zu zahlen, weil keine Unfallsfolgen vorhanden seien. Das Schiedsgericht sprach dem Kläger jedoch 20 pCt. Rente zu. Die Berufsgenossenschaft legte Rekurs ein und brachte ein ärztliches Attest bei, das besagt, der Kläger simuliere. Der Verletzte wurde

vor dem Reichsversicherungsamt vertreten, erschien aber auch noch selbst im Termin. Die Sache stand zunächst ziemlich günstig, da ein zweiter Arzt eine zwanzigprozentige Erwerbsbeschränkung annimmt. Das Reichsversicherungsamt wollte schon zur Urteilsfällung abtreten, da fragte der Vorsitzende den Verletzte, wann er denn seit dem Unfall gearbeitet habe. Der Verletzte gab an, bis Oktober v. J. gearbeitet zu haben und dann erst wieder seit Mitte Juni d. J.; inzwischen habe er keine Arbeit gefunden, die er leisten könne. Der Mann hatte wohl die Frage mißverstanden und gemeint, wann er in einem dauernden Arbeitsverhältnis gestanden habe. Aus dem Altem aber wurde nun festgestellt, daß er zwischenzeitlich Gelegenheitsarbeit verrichtet hatte. Das Gericht sagte daher die Angaben als bewogene Unwahrheit auf, und da nun schon ein Arzt den Kläger für einen Simulanten erklärt hatte, schlug die Stimmung des Gerichts um und der Anspruch des Mannes wurde abgelehnt.

So ein tatsächlicher Fall. Er lehrt, daß man bei Angaben in Unfallsachen vorsichtig und wahr sein muß. Niemand suche durch Verschweigen und Beschönigen jene Sache günstiger zu gestalten. Die einzelnen Tatsachen müssen reden, und sie soll man immer wahrheitsgemäß darstellen. Damit kommt man am weitesten; man dient damit sich und auch anderen. Denn für den Vertreter ist es nicht angenehm, wenn sein Klient in den Geruch eines Simulanten kommt. Hat man aber die Frage nicht recht verstanden, so frage man noch einmal, statt eine falsche Antwort zu geben.

Arbeiterbewegung. Der Kampf im Berliner Baugewerbe nimmt seinen unveränderten Fortgang. Die Bauunternehmer sehen ihre Bestrebungen auf Heranziehung von Arbeitskräften fort und behaupten, auch schon eine stätliche Zahl von Bauarbeitern aller Kategorien gewonnen zu haben. Demgegenüber erklären die Bauarbeiterorganisationen im „Vorwärts“ tagtäglich, daß es den Unternehmern nicht gelungen sei, eine für den Ausgang des Kampfes entscheidende Zahl von Arbeitskräften zu finden. Inzwischen haben auch die Bildhauer der Modellbranche zu dem Kampf Stellung genommen und beschlossen, daß, wenn aus Anlaß des Streiks im Baugewerbe die Arbeitnehmer von ihrer Organisation gezwungen werden sollten, an Streiks und Aussperrungen teilzunehmen, dies nicht als ein Bruch des gegenwärtig bestehenden Tarifvertrages angesehen werden soll. Auf denselben Standpunkt haben sich die Statuettenhersteller gestellt. Die Holzhersteller haben weiter in ihrer Mitgliederversammlung beschlossen, ebenfalls nicht länger als 8 1/2 Stunden zu arbeiten, um diese Arbeitszeit auch für ihren Beruf einzuführen. Alles in allem läßt sich noch nicht erkennen, wie der Ausgang dieses langwierigen und unsoffenen Kampfes sein wird. — Unverändert ist auch die Situation im Zylinderarbeiterkampf in Landshut i. Schl. Die schließlichen Zylinderarbeitern haben jedenfalls ihr volles Einverständnis mit dem bisherigen Vorgehen der Landesbühler Zylinderarbeitern ausgesprochen. Falls also eine Einigung in den Landesbühler Betrieben nicht erzielt wird, soll über eine eventuelle Generalaussperrung Bescheid gefaßt werden. — In Weiskow b. Görlitz ist unter den Gasarbeitern der Beleuchtungsbranche eine Lohnbewegung ausgebrochen. Es wurde beschlossen, sofort die Rindigung einzutreten, und falls die Lohnforderungen innerhalb der Rindigungsfrist nicht bewilligt werden, in den allgemeinen Streik einzutreten. Die Bewegung auf der Germania wirkt in Ziel ist beendet. Am gestrigen Montag ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem die Forderung auf WiederEinstellung der von der Germania vertrieben entlassenen Arbeiter von den Arbeitern fallen gelassen worden ist. — Die Tarifbewegung der Herren- und Knabenkonfektions Schneider und Schneiderrinnen in Berlin hat insofern einen Erfolg erzielt, als mit einer Anzahl größerer Firmen Tarifabschlüsse erzielt worden sind. — Ingunsten der Arbeiter beendet wurde die Lohnbewegung der Rahmenarbeiter und -Kutser in Kassel, die eine nicht unerhebliche Lohnausbesserung erzielten. — In Rönigsberg i. Pr. haben die unabhängigen Seeleute beschlossen den Kampf abzuwachen und ohne Tarifabschlüsse die Arbeit zu den von den Reedern gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen. — Die Lohnbewegung der Maler in Weß ist zugunsten der Gehilfen beendet worden. Sie erzielten die geschuldete Arbeitszeit und eine Ausbesserung der Stundenlöhne. — Im Kampfe um bessere Bezahlung befinden sich seit einigen Tagen die Maurer von Hagenua i. Schl. — Im Kreise Herford haben 400 Mäherinnen der Wägenbranche, darunter Arbeiterinnen, wegen Lohnbesserungen die Arbeit eingestellt. — In Hamburg und Altona sind die Schweißgehilfen in den Ausland getreten, nachdem die Innungen es abgelehnt hatten, mit den Vertretern der Organisation über die gestellten Forderungen zu verhandeln. — Der Streik der Seeleute an der Nordseeküste ist noch immer nicht beendet. Trotzdem haben sie sich in Hamburg bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn die Reederei sich

verpflichtet, nach Aufhebung des Streiks unter Vor-
 sicht der Handelskammer in Verhandlungen einzutreten.
 — Differenzen sind in Potsdam und Rowawes
 im Dachdeckerhandwerk ausgebrochen. Der von den
 Gehilfen ausgearbeitete Tarif hat bei verschiedenen
 Meistern Widerstand gefunden. Dieselben weigern
 sich überhaupt in Verhandlungen einzutreten, so daß
 bei den betreffenden Meistern die Arbeit niedergelegt
 wurde. — Der Streik der Ziegeleiarbeiter in
 Sommerfeld, an welchem unser Gewerksverein der
 Löhner hervorragend beteiligt war, ist nach 3 tägiger
 Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Sie
 erhielten eine Erhöhung des Stundenlohnes um
 3 Pfg. und eine Aufbahrung von 5—15 Pfg. für
 alle Arbeiten.

Die Straßenkehrer in New York haben die
 Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich der Bürger-
 meister dafür bemüht hatte, daß die Forderungen der
 Arbeiter in wesentlichen erfüllt werden würden. —
 Um eine Lohnerhöhung und die Bewilligung eines
 wöchentlichen Ruhetages zu erlangen, haben in Mar-
 seille die Gasarbeiter die Arbeit niedergelegt. —
 Im Auslande befinden sich in Cherbourg die Dack-
 arbeiter. — Ein Streik der Arbeiter ist im Hafen
 von Rotterdam ausgebrochen, weil die Arbeiter mit
 ihren Löhnen nicht zufrieden waren. Leider ist es
 dabei zu heftigen Zusammenstößen mit Arbeitswilligen
 gekommen, in deren Verlauf eine Anzahl von Menschen
 verletzt wurde.

Wasser auf die Köpfe der Sozialdemokratie.
 Für eine vom Reichstagen Bürgerausschuß vorzu-
 nehmende Wahl war von der sozialdemokratischen
 Fraktion an Stelle eines verstorbenen Parteigenossen
 der in der Hauptversammlung der badischen Eisenbahnen
 beschäftigte Formel gewählt worden und auf Grund
 eines Gegenständigkeitsabkommens aller Parteien mit
 78 von 88 Stimmen gewählt worden. Am 5 Uhr
 nachmittags machte der Oberbürgermeister die Wahl
 bekannt, eine halbe Stunde später wurde der
 Gewählte vom Vorstand der Eisenbahnhaupt-
 werksliste auf das Bureau gerufen, wo ihm er-
 sätzt wurde, daß es nicht gebühre, daß ein
 Staatsarbeiter als Vertreter der sozial-
 demokratischen Partei im Bürgerausschuß tätig
 sei. Entweder solle er das Mandat nieder-
 legen oder seine Kandidatur einreichen.
 Anderen Tages wurde es abermals vor den Vor-
 stand gien und ihm ein Hefters unterbreitet, durch
 welchen er sich unfreiwillig verpflichtet, aus der
 sozialdemokratischen Partei auszutreten.
 Ein alter Mann, der wohl mit Recht be-
 fürchtete, anderwärts nur schwer Beschäftigung zu
 finden, hat denn auch den Hefters unterzeichnet.
 Das mag und wird er mit sich selbst ausmachen.
 Schriftliche Beurteilung aber verdient die Auffassung
 der badischen Eisenbahndirektion von der Stellung
 des Staats als Arbeitgeber. Nicht nur in der sozial-
 demokratischen Presse, sondern bis tief in die Reihen
 der Nationalliberalen hinein wird das Verhalten der
 Behörde überaus scharf gerügt. Die parti-
 offiziell nationalliberalen „Bad. Landeszeitung“ findet das
 Verhalten der Regierung um so auffälliger und be-
 dauerlicher, als der Gemeindegewalt schon seit einer
 Reihe von Jahren Mitglied des Bürgerausschußes in
 Hülshaus war und dem Reichstagen Gewerksgericht
 Staatsarbeiter angehört, die auf der sozialdemo-
 kratischen Liste gefunden hätten. Sie werden sich
 gegen „ein gewisses Scharfmachertum“, das auf die
 Dauer der Anbahnung des sozialen Friedens nur
 Hindernisse bereite.

Dieselbe Stellung nimmt auch die freisinnige und
 demokratische Presse ein. Selbstverständlich verurteilen
 auch wir auf das allerhöchste das Vorgehen der
 badischen Eisenbahndirektion. In dem liberalen
 „Musterlande“ hätten wir das nicht für möglich ge-
 halten. Wir möchten aber doch nicht verkümmern, auch
 darauf hinzuweisen, daß durch jene Maßnahmen ge-
 nau das Gegenteil von dem erreicht wird, was man
 bezweckt. Der Sozialdemokratie wird ein neuer
 und zweifellos sehr wirkungsvoller Agitationsstoff
 geliefert.

Der Geist des Reichstagen von Stamm macht sich
 im Coarretier und den anstößenden Landesteilen noch
 immer bemerkbar. Ueberall stant man dabeist auf
 Mittel und Wege, den Arbeitern das Koalitionsvrecht
 zu entziehen. Hier und da geschieht das in einer
 Weise, die fast an Bauernschlägerei erinnert. So ist
 auf einem Emallierwerk in Godesheim in der
 hiesigen Pfalz ein Anschlag verübt worden, der fol-
 genden verlockenden Inhalt aufweist:

„Gerantigt durch die Bestimmungen des Reichstagen-
 bandes anstößiger Metallarbeiter, erklären wir hiermit, daß
 wir jedem der Organisation nicht betretenden Arbeiter bei
 Andang eines Streiks, auch für den Fall er nicht von
 beschäftigt werden kann, den vollen feilber bezogenen Lohn
 auszahlen, was wir jedem einzelnen Arbeiter auf ein
 Bausch schriftlich bestätigen.“

Wahrlich, ein rührendes Entgegenkommen! Leider
 gibt es wirklich Arbeiter, die so dumm sind, daß sie
 auf den Köder dieses Unternehmens anbeißen und auf

ihr gegessenes Koalitionsvrecht verzichten. Nur eine
 intensive und ununterbrochene Aufklärungsarbeit kann
 die Machinationen solcher Scharfmacher wirkungslos
 machen.

Für kontraktbrüchige russisch-polnische Land-
 arbeiter sind nach Mitteilungen der „Danziger Zig-
 nene Bestimmungen getroffen worden. Danach sind
 solche Arbeiter, welche sich aus irgend einem Grunde
 von ihrer Arbeitsstelle entfernen mit dem Vorbe-
 halt, nicht wieder zurückkehren, im Falle der Wieder-
 ergreifung vorerst zu verurteilen und der alten
 Arbeitsstelle wieder zuzuführen. Bei einem aber-
 maligen Kontraktbruch oder wenn der Kontrakt-
 brüchige seine Kollegen zur Arbeitseinstellung auf-
 wiegelt, oder wenn er keine Anwesenheitspapiere besitzt,
 ist sofort die Landesverweisung als lästiger
 Ausländer zu verfügen und der Betreffende durch
 die Gendarmen an die russische Grenze zu be-
 fördern.

Die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ des
 Bundes der Landwirte, meint, daß diese Maßnahme
 „gewiß recht nützlich werden“ könne. „Dem länd-
 lichen Arbeitgeber freilich wird sie allein zunächst
 den Schaden nicht ersparen können, der ihm aus dem
 Kontraktbruch erwächst.“ Es wäre interessant, zu er-
 fahren, welche Maßnahmen denn wohl nach Ansicht
 des edlen Händlervorgangs getroffen werden müßten.
 Vielleicht will man zur Weisheit zurückkehren,
 dann wären jene Maßnahmen, die jedem modern
 denkenden Menschen schon als mittelalterlich erscheinen,
 allerdings überflüssig.

Vor der Entscheidung steht die Bewegung der
 Privatangehörigen für eine staatliche Pensions- und
 Hinterbliebenen-Versicherung. Zwei große Gruppen
 von Berufsvereinen vertreten zwei verschiedene Pro-
 gramme; die einen den weitgehenden Ausbau des be-
 stehenden Invalidengesetzes, die anderen die Ein-
 richtung einer davon getrennten, selbständigen Sonder-
 kasse. Der Erfolg der ganzen Bewegung hängt da-
 von ab, ob es gelingt, bis zum Zulammentritte des
 Reichstages alle Angehörigen auf ein Programm zu
 vereinigen, das einmütige Billigung bei Reichstag und
 Regierung finden kann und sich in die begonnene
 Reform des ganzen sozialen Versicherungswesens ein-
 fügt. Für die Entscheidung bedeutsam ist die soeben
 erschienene neue Schrift des Reichstagen-Vereins
 zu Düsseldorf, welche die Eingangsworte als Titel
 führt und Gutachten hervorragender Sachverständiger
 und Gesetzgeber über die Streitfrage enthält. Vorstände
 des Invalidengesetzes, Professoren, Juristen, National-
 ökonomen, Versicherungsbeamten, Sozialpolitiker,
 Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien, sie alle
 sind vertreten. Ihre Stimme muß erheblichen Ein-
 druck machen, weil sie alle zu dem gleichen Er-
 gebnisse kommen.

Ein nachsahmenswertes Beispiel hat eine Reihe
 von hiesigen Dorfgemeinden gegeben. Dasselbst sind
 seit einiger Zeit Ärzte angestellt, welche die
 Beobachtung der Schulkinder und der Schulräume
 gegen eine feste Vergütung übernommen haben. Die-
 selben unterrichten, wie die „Soz. Pr.“ mittelt, nicht
 nur die der Schule neu zugeführten Kinder auf ihre
 geistige und körperliche Beschaffenheit, sondern von
 Zeit zu Zeit auch sämtliche Schulkinder. Sie machen
 aufmerksam und erteilen für ihre Behandlung bei dem
 Unterricht praktische Ratschläge. Wenn man bedenkt,
 welchen Schwierigkeiten die Einführung der Schul-
 ärzte in großen hiesigen Gemeinden oft begegnet,
 wie man sich noch jetzt zum Teil mit Hand und
 Fuß dagegen sträubt, so kann das Vorgehen dieser
 hiesigen Dorfgemeinden wirklich nicht hoch genug
 ange schlagen werden.

Ein Apparat zur Berechnung der Arbeitszeit
 für die Heimarbeit ist in Berlin von dem Rittmeister
 einer Kindertagesstiftung erfunden worden. Mit
 Hilfe dieses Apparats, so schreibt die „Soziale Praxis“,
 kann die Zahl der in jeder Minute auf der Näh-
 maschine gemachten Stiche genau kontrolliert und auf-
 gegeben werden. Der Apparat besteht aus zwei
 Hauptteilen. Zunächst aus einem Uhrwerk, das in
 24 Stunden eine Art Hitzblatt mit den 24 Stunden
 nebst Minutenanteilen einmal herumdreht; der zweite
 Hauptbestandteil ist eine Maßmaschine, die mit der
 Nähmaschine selbst in Verbindung steht und bei jedem
 1000 Stiche den die Nähmaschine macht, auf der be-
 treffenden Uhrscheibe, genau zu der Tageszeit, be-
 rührt wird, einen kleinen Punkt eintrudelt. Nimmt
 man also nach 24 Stunden die Uhrscheibe, die aus
 Porzellan besteht und immer genau abgelesen werden kann, heraus,
 so läßt sich an den eingetradelten Punkten genau er-
 sehen, wann geräht worden ist und wann längere
 oder kürzere Pausen eintreten waren, ferner wieviel
 Stiche überhaupt geräht worden sind, und endlich,
 mit welcher Intensität dies geschehen ist, je nachdem

viel oder wenig tausend Stiche auf einen bestimmten
 Zeitraum fallen.

Bekanntlich stützten sich im Laufe der Diskussion
 über die niedrigen Löhne, die gelegentlich der Berliner
 Heimarbeit-Ausstellung zutage gefördert wurden, die
 Unternehmer hauptsächlich auf die Schwierigkeiten der
 Berechnung der Arbeitszeit. Vielleicht können diese
 Schwierigkeiten zum Teil durch diesen neuen Apparat
 beseitigt werden, und damit ein Vorwand, der zu-
 gunsten der niedrigen Löhne von langjährigen Arbeit-
 gebern erhoben wurde. Zweifellos ist der Apparat
 nichts Vollkommenes, denn auch die Art des Stoffes
 und verschiedene andere muß berücksichtigt werden.
 Immerhin aber ist er als ein neuemwertes Fort-
 schritt zu bezeichnen.

Gewerksvereins-Teil

§ Oberfeld. Am 24. Juni fand hier eine leider
 nicht allzugut besuchte Ortsverbandversammlung statt,
 in welcher Kollege Biegler-Rhin ein Referat über den
 16. ordentlichen Verbandstag in Berlin hielt. Kollege
 Biegler schilderte eingehend die Vorgänge auf dem Ver-
 bandstage und erläuterte die gefassten Beschlüsse. Er gab
 der Uebersetzung Ausdruck, daß dadurch die Gewerksvereins-
 bewegung ein gut Stück vorwärts gekommen sei und schloß
 mit dem Wunsche, daß alle Kollegen ihr Teil mit dazu be-
 tragen sollten, unsere Sache auch nach außen hin zu fördern.
 Diesem Wunsche schließt sich der Schreiber dieses Berichtes
 an, in der Hoffnung, daß auch in den Ortsvereinen die
 Kollegen mehr ihre Schuldigkeit tun und nicht teilnahms-
 los beiseite stehen, wie dies leider noch allzu oft vorkommt.

§ Kaiseran d. Carl. Die am 23. Juni hier tagende
 Versammlung des Ortsverbandes Dortmund hatte sich eines
 sehr guten Besuches zu erfreuen. Der Kollege Bickmann
 erhaltete in seinem Vortrage den Bericht vom Verband-
 tage. Derselbe ging auf die dort gefassten Beschlüsse näher
 ein und erläuterte dieselben. Folgende Resolution (auch
 einstimmige Annahme): „Die heutige in Kaiseran Ratge-
 fundene Ortsverbandversammlung erklärt sich nach den
 Ausführungen des Referenten Kollegen Bickmann mit
 den Beschlüssen des Verbandtages einverstanden. Sie er-
 wartet, daß der neue geschäftsführende Ausschuß die Be-
 schlüsse in die Tat umsetzen wird. Der Ortsverband Dort-
 mund verspricht, hierzu nach besten Kräften beizutragen.“
 Christian Cave, Schriftführer.

§ Kiegnitz. Zum 26. Juni wurden durch Hauptstiel
 und Hauptstiel alle hiesigen Holzarbeiter zu einer
 öffentlichen Versammlung nach dem Gewerkschaftshause ein-
 geladen, wo der Leiter des Holzarbeiterverbandes, der
 frühere Reichstagsabgeordnete Dietrich-Breslau über das Thema
 sprechen sollte: „Kann sich ein Arbeiter in den hiesigen
 Dandrichen Gewerksvereinen organisieren.“ Dieses Thema
 gab auch 100 Gewerksvereinsangehörigen Veranlassung in
 der Versammlung zu gehen, darunter unser Verbandsvorsitzender
 der Tischler. Geleitet wurde die Versammlung vom Gewerks-
 vereinsleiter und Lagerhalter Falber. Seinen Vortrag
 — wenn man von einem solchen überhaupt reden kann —
 leitete „Wessie“ Dietrich mit der Gründung der Gewerks-
 vereine ein und behauptete wie alle hiesigen Gewerks-
 vereine seien von der politischen Fortschrittspartei
 gegründet worden. Zum Dank dafür gingen sie auch heute
 noch der freisinnigen Partei an. Für die Verbesserung der
 Arbeitsverhältnisse hätten sie nichts getan, nur 1869 hätten
 sie im Waldenburger Revier die Bergarbeiter in den Streik
 getrieben und ins Elend geführt. Nach dieser Einführung
 erklärte Herr Dietrich, sich nunmehr mit dem Gewerksverein
 der Tischler beschäftigen zu wollen. Die große Berliner
 Holzarbeiterausperrung, der Streik in Braunschweig a. D. und
 andere Vorkommnisse in der Holzindustrie gaben ihm soeben
 Veranlassung, mehr als 1 1/2 Stunden sich in Wortausbrüchen
 wie Kamp, Schweinehund, Spitzbube und Schlammern
 Schimpfwörtern zu ergöhen, ohne daß der Vorsitzende auch
 nur ein Wort dagegen gefunden hätte. Als nach Beendigung
 des famosen Vortrages der Kollege Kemmer zum Wort kam
 und, geleitet durch den hiesigen Tischler, auch nicht
 gerade wäherlich in seinen Worten war, empfanden die hiesigen
 Bergarbeiter und machte unserm Redner Vorwürfe, daß die
 Gewerksvereine schuld daran seien, obgleich sie vorher viel
 Schlimmeres hatten anhören müssen. In der weiteren
 Debatte erhielt auch unser Kollege Seitz das Wort, der
 eine bewundernswerte Ruhe bewahrte und dem Referenten
 klar machte, wie sich in Wahrheit die Gewerksvereine gebildet
 haben, daß keine politische Partei dabei mitgewirkt habe
 und der Waldenburger Streik zu unrecht und leiblich aus
 agitatorischen Gründen von den Gegnern der Gewerks-
 vereine ausgeht werde. Der beratliche Vortragsgegenstand
 heute noch aufrecht erhalte, könne von dem Vorwurf, wissen-
 schaftlich die Unwahrscheinlichkeit zu haben, nicht entlastet werden.
 Bezüglich des Berliner Streiks konnte unser Kollege Seitz
 darauf hinweisen, daß Holzarbeiterverbände in Kiegnitz
 Streikarbeit für Berlin angefertigt hätten. Ihren Schluß
 erreichte die Versammlung dadurch, daß die Gewerksvereine
 gegen 12 Uhr das Lokal verließen.

§ Nürnberg. Eine Betriebsversammlung der hiesigen
 Arbeiter der Straßenreinigung und Rechtsabfuhr fand
 am Montag, den 24. Juni, hier statt. Der Arbeitersprecher,
 Kollege Barndt, sprach über: „Die letzte Betriebsver-
 sammlung und welche praktische Bedeutung haben die
 dort gefassten Beschlüsse.“ Er kam anfangs seines Referats
 auf die letzte Betriebsbesprechung, welche vom Gewerks-
 vereinsverband einberufen war, zu sprechen und gestellte
 den hiesigen Arbeitern etwas erreicht werden soll, so ist
 es vor allen Dingen notwendig, daß alle in Betracht
 kommenden Organisationen gemeinschaftlich vorgehen. Söllig
 vertritt aber er, wenn eine Organisation wie die Ge-